Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr 278. — 83 Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, 28. November 1924

Vierundzwanzig Parteien.

Wer die Wahl hat, hat die Qual, — und das deutsche Volk wird am 7. Dezember ganz gehörig gequält werden: „nur" 24 Reichswahlvorschläge sind amtlich zugelassen (nach den ersten Angaben sollten es 25 sein) und nur „19" auf der Landesliste für Preußen. Glaube aber ja nicht, lieber Leser, daß damit die Zahl der Parteien und Parteichen erschöpft ist, die um eine Stimme — man verzeihe das harte Wort — buhlen. Denn in einer ganzen Reihe von Einzelkreisen gibt es wieder Sonderlisten, die sich dann mit anderen zu einem gemeinsamen Reichswahlvorschlag geeint haben. Sie bringen es ja selbst nur selten dazu, einen Kandidaten in den Reichstag entsenden zu können; gewöhnlich fallen alle diese Stimmen unter den Tisch. Bei den vorigen Wahlen waren es etwa 800 000 Stimmen, die infolgedessen unvertreten blieben.

Aber der Deutsche lernt ja nichts dazu im politischen Leben. Schon die Manie des Deutschen, für seine Privatmeinung gleich eine neue Partei zu gründen, weil er sich in irgendeiner Kleinigkeit von einer der bestehenden Parteien unterscheidet, wird es auf absehbare Zeit verhindern, daß wir zu solchen Parteiverhältnissen kommen, die ein wirkliches innerpolitisches Leben ermöglichen. Das soll nicht etwa ein Lobgesang auf die alleinseligmachenden großen Parteien sein; vielmehr wäre der Deutsche, wenn er ein politisch denkender Mensch wäre, schon lange zu der Einsicht gekommen, daß man ruhig ein paar kleine und unbedeutende Meinungsdifferenzen gegenüber den Zielen dieser oder jener Partei in Kauf nehmen muß, daß man dieser oder jener Partei durch Stimmabgabe bei der Wahl für sie die Zustimmung für ihre Politik zum Ausdruck bringen muß, auch wenn man mit diesen oder jenen Kleinigkeiten nicht einverstanden ist. So denken wenigstens die Völker, bei denen das politische Verständnis etwas Lebendiges ist.

Aber nein! Wenn kleine Meinungsdifferenzen bestehen, wird schleunigst eine neue Partei gegründet und ein paar Tausend mißvergnügte Geister finden sich dazu. Der Erfolg ist dann natürlich der beinahe vorauszusehende: durch die Parteichenbildung verlieren Hunderttausende von Wählern die Möglichkeit, vertreten zu sein und damit auf die Geschicke Deutschlands den ihnen verfassungsmäßig zustehenden Einfluß auszuüben. Das passiert immer in den Fällen, wo man zur Gründung einer Partei irgendeinen isolierten, vielleicht an und für sich ganz vernünftigen Gedanken benutzt, der aber nur einen Teilausschnitt aus dem gesamten politischen Leben der Nation behandelt. Also etwa bei Parteigruppen für eine bestimmte wirtschaftliche oder ideale Forderung oder gar etwa bei Nationalitätenvertretungen für Dänen, Polen oder Masuren. Das sind eben keine politischen Parteien im eigentlichen Sinne, weil ihr Ziel nicht ist, die gesamte Nation zu umfassen, sondern nur kleine Teile von ihr. Statt daß sie versuchen, innerhalb der wirklichen politischen Parteien ihre Interessenvertretung durchzuführen, gründet man lieber eine eigene Partei, mit dem Erfolg beispielsweise, daß sie wahrscheinlich im Reichstag überhaupt nicht vertreten ist.

Schließlich muß man, selbst wenn diese Parteichen es zu ein paar Vertretern im Reichstag bringen, sich doch mit anderen Parteichen zusammentun, um eine Fraktion zu bilden und dadurch praktische politische Arbeit leisten zu können. Also im Parlament müssen diese sogenannten Gegensätze überbrückt werden. Vielleicht schließt sich der Vertreter einer abgesplitterten Partei als Hospitant der Mutterpartei an, wobei dann nun erst recht nicht einzusehen ist, weshalb die Absplitterung eigentlich erfolgt ist.

Jedes Volk hat die Regierung und die parlamentarische Vertretung, die es verdient. Wenn soviel über die Zustände im Deutschen Reichstag, über die Art, wie dort die Regierungen zusammengekuhhandelt werden, über die Schiebungen, unter denen heutzutage dort irgendein Gesetz zustandekommt, so trägt einen Teil der Schuld daran gewiß der Reichstag selbst. Aber zur Hälfte trägt das deutsche Volk, trägt der Wähler die Schuld daran. Denn er schafft die Voraussetzung für all dies Geschiebe und Getriebe seiner Vertretung und das Parlament ist haarscharf genau so, wie es gewählt wird. Leistet sich der deutsche Wähler also wieder das Amüsement, wie das vorige Mal für etwa 16 Parteien Vertreter in den Reichstag zu entsenden, so darf er sich nicht wundern, was dort für Unfug getrieben wird.

Hätten wir nur fünf, sechs große Parteien im Reichstag — auf zwei bis drei, wie in anglo-amerikanischen Staaten, wagt man ja bei uns gar nicht zu hoffen — dann wäre ein großer Teil jener Gründe zum praktischen Versagen unseres politischen Lebens beseitigt und der Deutsche Reichstag jedenfalls weit arbeitsfähiger, als er bisher war.

Aber wer wagt es denn, zu hoffen, daß der Deutsche jemals ein politisch denkendes Wesen wird! —

Die letzten Gefangenen entlassen.

Essen, 27. November. Auf Grund des Londoner Abkommens wurden am 12. November die letzten acht politischen Gefangenen aus dem französischen Gefängnis entlassen.

Einigung über die 26prozentige Abgabe mit England.

London, 27. November. Wie von zuverlässiger Stelle verlautet, ist bei den Verhandlungen zum Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages eine Formel gefunden worden, durch die die Erhebung einer 26prozentigen Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren durch eine andere Methode ersetzt worden ist. Großbritannien ist ferner bereit, den deutschen Banken wieder zu gestatten, in London Filialen zu errichten. Auch können deutsche Seeleute wieder in der britischen Handelsmarine Stellung nehmen. Die Zugeständnisse heben die letzten Kriegsbestimmungen gegen Deutschland auf.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 27. November. Die Darstellung der französischen Morgenpresse von dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Wirtschaftskonferenz könnte den Eindruck erwecken, daß eine Unterbrechung in den Verhandlungen eingetreten sei. Diese Darstellung ist nicht richtig. In den nächsten Tagen wird das ursprüngliche Programm wieder aufgenommen werden, nachdem die kurzfristig geladenen Sachverständigen der deutschen Schwerindustrie in Paris ein getroffen sein werden.

Belgien verzichtet auf die 26prozentige Abgabe.

Köln, 27. November. Wie die „Kölnische Zeitung" von halbamtlicher belgischer Seite erfährt, beabsichtigt die belgische Regierung auf die 26prozentige deutsche Einfuhrabgabe zu verzichten.

Amerikas Forderungen für die Teilnahme an der interalliierten Finanzkonferenz.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 27. November. „Daily Telegraph" meldet, daß die Teilnahme Amerikas an der interalliierten Finanzministerkonferenz zwischen London und Washington erörtert werde. Amerika verlangt für sich Reparationsanteile und die Vergütung der Besatzungskosten.

Rückgabe der ehemals russischen Schiffe an Sowjet-Rußland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 27. November. Ein amtlicher Bericht des Marineministeriums bestätigt die Absetzung des Generals Exelmann. Die Meldung eines Pariser Blattes, wonach Exelmann sich geweigert hat, die im Hafen von Biserta liegende russische Flotte einer Sowjetkommission zu übergeben, wird in dem Bericht bestritten. Die Abberufung des Admirals ist aber nicht ersichtlich.

Trotzki abberufen?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Riga, 27. November. Trotzki soll als Verantwortlicher für Kriegsangelegenheiten und von seinen anderen hohen Posten abberufen worden sein. Man spricht von seiner Verwendung auf einen diplomatischen Posten im Ausland, aber auch von einer Verbannung nach dem Kaukasus.

Ägypten an die Welt.

Vergeblicher Protest beim Völkerbund.

Das ägyptische Parlament ist durch Erlaß des Königs Fuad auf dreißig Tage vertagt worden. In der Pause will der neue Ministerpräsident Ziwor Pascha versuchen, eine Verständigung mit England herbeizuführen. Der an die Parlamente der Welt gerichtete Protest der ägyptischen Kammer beschuldigt Großbritannien, daß es ein abscheuliches Verbrechen als Vorwand zur Ausführung seiner imperialistischen Politik nehme. Der Völkerbund wird in einer an ihn eingelaufenen Note aufgefordert, im Namen einer machtlosen Nation in dem Konflikt zu intervenieren. Weiter wird in der Note die vollständige Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans betont, da bei voneinander nicht getrennt werden dürfen. In den Kreisen des Völkerbundssekretariats weist man darauf hin, daß die Note nicht von der ägyptischen Regierung ausgeht, sondern von dem ägyptischen Parlament, der Völkerbund aber nur auf Schreiben der Regierungen einzugehen pflege. Im übrigen enthalte das ägyptische Telegramm nur einen Protest, aber kein formelles Ersuchen nach einem Einschreiten des Völkerbundes.

Inzwischen verstärkt England seine Truppen in Ägypten andauernd. Reuter meldet aus Kairo, daß Truppen aus Suez, Malta und Gibraltar nach Ägypten und dem Sudan unterwegs sind. Eine britische Brigade ist mit aufgepflanztem Seitengewehr durch die Straßen Kairos marschiert. Das erste Bataillon des East-Lancashire-Regiments wird ebenso wie das in Gibraltar stationierte erste Bataillon der Buffs nach Ägypten abreisen. Es verlautet, daß mit diesen Truppen schwere Artillerie mitgeht.

Lord Chamberlain hatte in London Besprechungen mit dem Chef des Generalstabes sowie mit dem Kriegsminister. In Regierungskreisen wird dem Vernehmen nach Befriedigung über die Zusammensetzung des neuen ägyptischen Kabinetts geäußert. Gleichzeitig wird der Wunsch geäußert, daß dem neuen ägyptischen Kabinett Zeit gelassen werde, sich mit der Lage zu befassen.

Die Lage in Aegypten ist immer noch kritisch.

London, 27. November. Das neue ägyptische Kabinett ist jetzt vollständig. Amul Musa Pascha, der bisher oberster Richter beim Berufungsgericht war, ist Justizminister geworden. Ali Eumed Emin Pascha, der bis vor einem Monat Unterstaatssekretär im Innern war, ist wieder in sein Amt eingesetzt worden. Die Räumung des Sudans wird fortgesetzt. Das 4. Bataillon ist abtransportiert und das 3. wird demnächst folgen. Die Engländer setzen die Truppentransporte nach England fort. In Kairo ist gegenwärtig alles ruhig. Die englischen Truppen demonstrieren weiter in den Straßen, gestern sogar mit aufgepflanzten Bajonetten. In Alexandrien werden zwei Urlauber des Kriegsschiffes „Valiant" vermißt. Sie sind vor zwei Tagen auf Urlaub an Land gegangen und man befürchtet, daß sie gewaltsam entführt wurden. In England hofft man immer noch auf eine friedliche Beilegung der Krise. Man betont aber, daß die Ansicht der französischen Presse nicht mit der Haltung der französischen Regierung übereinstimme, denn Frankreich würde bei einem ähnlichen Vorfall in Marokko mit denselben Mitteln vorgegangen sein. Das englische Kabinett hat sich gestern erneut mit der ägyptischen Frage beschäftigt.

Nathusius freigelassen.

Berlin, 26. November.

Die amtliche Benachrichtigung der französischen Regierung von der Begnadigung des Generals von Nathusius ist heute nachmittag bei der Reichsregierung telegraphisch eingetroffen. Zugleich wird bekannt, daß gleich nach der Verhaftung des Generals v. Nathusius in Forbach am Allerseelentag auf Grund des vom Liller Kriegsgericht im Jahre 1921 gegen ihn erlassenen Urteils nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 18. Dezember 1919 beim Reichsgericht ein Verfahren gegen den General anhängig gemacht wurde. Wenn auch der General nach seiner Freilassung auf eine Weiterverfolgung seines Rechts vor einem französischen Kriegsgericht verzichtet, wird also der wahre Tatbestand vor dem Reichsgericht festgestellt werden. — General von Nathusius wurde heute morgen aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen und ist nach Forbach abgereist.

Der Pariser „Matin" schreibt zu der Begnadigung anscheinend auf Grund von Informationen durch die franzöfische Regierung: Frankreich hat mit dieser Geste keineswegs der Reichsregierung eine besondere Gunst erweisen wollen. Denn dazu liegt ja keinerlei Veranlassung vor. Es wollte lediglich dem Nationalismus jenseits des Rheins ein wertvolles Propaganda-Instrument entreißen. Die Ausführung des Urteils des Liller Kriegsgerichts hätte der deutschen Rechten in ihrem Wahlkampf in der Tat ein allzu bequemes Mittel geboten, um eine neue Überreizung der Gemüter hervorzurufen. Außer diesen Erwägungen trägt die französische Regierung aber auch den günstigen Erkundigungen Rechnung, die über General von Nathusius eingeholt worden sind, ebenso den Zweifeln, die wegen der Realität der Anklage bestehen."

„Ere Nouvelle" sagt: „Wir beglückwünschen Herriot zu dieser Geste. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß der Präsident der Republik seine hohe Autorität dazu benutzt hat, um gleichzeitig der Menschlichkeit und der Vernunft zu dienen."

*

Zurückziehung des Kassationsgesuches.

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, ist das Freilassungsdekret für General v. Nathusius am Dienstag vom Präsidenten Doumergue unterzeichnet worden. Da eine Begnadigung gesetzlich nicht möglich war, solange ein Verfahren nicht endgültig abgeschlossen ist, bedurfte es vor der Veröffentlichung des Gnadenakts der Zurückziehung des von dem Angeklagten gegen das Urteil des Liller Kriegsgerichts erhobenen Einspruchs bezw. des Antrags auf Einleitung eines Kassationsverfahrens. Das ist mit Zustimmung v. Nathusius' geschehen, dessen vollständige Rehabilitierung nunmehr vor dem deutschen Reichsgericht zu erwarten ist, zumal selbst die französische Regierung das Liller Urteil als unrechtmäßig bezeichnet.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF